

Niederschrift der 31. Ratssitzung vom 24.08.2017

Ort: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526
Sangerhausen

Tag: 24.08.2017

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 30 Stadträte

Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Frank Schmiedl	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM
Herr André Reick	B.I.S. / FBM

Herr Siegmund Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn Rotfelser	BOS

Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN

Herr Mario Milde	FDP
------------------	-----

Herr Harald Koch	fraktionslos
------------------	--------------

entschuldigt fehlten:	Herr Udo Lucas Herr Volker Schachtel Frau Karoline Spröte Herr Arndt Kemesies	CDU CDU DIE LINKE. SPD / DIE GRÜNEN
verspätet erschienen:	Herr Thomas Klaube Herr Harald Oster	CDU 16:20 Uhr FDP 16:25 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Günter Prause Frau Regine Römmisch Herr Thomas Klaube	DIE LINKE. 18:10 Uhr CDU 18:10 Uhr CDU 18:10 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske Herr Heiko Blesse Herr Peter Dietrich Frau Ilka Gädke Herr Uwe Görlich Herr Sascha Groß Herr Ralph Kujawski Frau Ulrike Lange Herr Ulrich Mannheim Herr Karl-Heinz Mehmel Herr Eberhard Nothmann Herr Mario Pastrik Frau Iris Reiche Herr Matthias Redlich Frau Katrin Scheffel Herr Frank Hans Schulze Herr Axel Sell Herr Ringo Siebert Frau Ilona Wienhold	
Ortsbürgermeister:	Herr Tim Schultze	OT Wettelrode
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Herr Rainer Hahnemann Herr Udo Michael Frau Brigitte Franke Frau Marina Becker Frau Karin Schiller Frau Simone Jung	Fachbereichsleiter Finanz- und Personalverwaltung stellv. Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachbereichsleiter Bürgerservice Referentin Wirtschaftsförderung Referentin Presse- und Öffentlich- keitsarbeit, Städtepartnerschaften SB Referat Ratsbüro SB Referat Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 29. Ratssitzung vom 22.06.2017
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 30. Ratssitzung (Sonderratssitzung) vom 27.07.2017
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Bestimmung eines Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Helme"
 - 6.2 Bestimmung eines Stellvertreters des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida"
 - 6.3 Bestimmung eines Mitgliedes des Stadtrates als Vertreter im Beirat der Worch'schen Stiftung u.a.
 - 6.4 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 122.388,00 € für Gerichtskosten auf Grund der Klage gegen den Festsetzungsbescheid über die Kreisumlage 2017
 - 6.5 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 78.400,00 € für die Instandsetzung von Fahrzeugen des Bauhofes und für die Anmietung von Winterdiensttechnik
 - 6.6 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 30.000,00 € für die Instandhaltung der Brücke Eisenhüttenriff
 - 6.7 Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4b "Gewerbegebiet Martinsriether Weg II" der Stadt Sangerhausen
- 7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Information über eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zum Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem Ministerium des Inneren und Sport LSA zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (HLF 20) im Jahr 2018 für die Ortsfeuerwehr Kernstadt Sangerhausen
 - 7.2 Informationen zur Tätigkeit der Standortmarketing Mansfeld-Südharz GmbH
- 8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 8.1 Verkauf einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet "Erweiterung Wasserschluff"
 - 8.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz
- 9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 9.1 Informationen über Beschlüsse des Hauptausschusses
 - 9.2 Informationen über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
 - 9.3 Ausschreibung Leasing Dienstfahrzeug
- 10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 31. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 30 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 7.2 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 8. - 9.3 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Skrypek:

Die Verwaltung schlägt folgende Änderung vor.

- Zurückgezogen wird der TOP:

6.7 Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4b "Gewerbegebiet Martinsriether Weg II" der Stadt Sangerhausen.

Herr Hahnemann begründet, dass zum Vorhaben Ersatzneubau Möbelmarkt HelmePark ein Antrag des Investors vorliegt, der auf Aussetzung des Verfahrens, für mindestens 3 Monate, abzielt. Nach Ablauf der Zeit wird er ohne Aufforderung bei der Verwaltung vorsprechen.

- Neu aufgenommen wird der TOP:

7.3 Informationen zur Beanstandung des Haushaltes.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Skrypek und Herr Strauß gratulieren Herrn Dr. Ernst-Hubert Axthelm im Namen der Stadträte nachträglich zu seinem Geburtstag.

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 29. Ratssitzung vom 22.06.2017

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Niederschrift einstimmig genehmigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift der 30. Ratssitzung (Sonderratssitzung) vom 27.07.2017

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 25.08.2017 zugeschickt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Anfrage der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion

Frau Liesong bittet den Oberbürgermeister darum, dass er in seinem Bericht zur nächsten Ratssitzung Zahlen liefert, die aussagen, wie viel Herr von Nathusius der Stadt schuldet, wie viel Geld die Stadt in dieser Sache verloren hat bzw. welche Summen noch offen sind, die zurückgezahlt werden können und müssen. Andererseits möchte sie auch wissen, was die Stadt unternimmt, um diese Gelder einzufordern. Interessieren würde sie auch, konkret mit Namen und Adressen, wer damals noch daran beteiligt war, Herrn von Nathusius nach Sangerhausen zu holen. Er kam, wie er selbst sagte, auf Empfehlung aus Magdeburg. Er ist darum gebeten worden, herzukommen, um hier zu investieren. Sie sagt das aus persönlicher Betroffenheit, denn sie fühlt sich verraten und verkauft. Durch solche Unternehmertypen, die nichts schaffen und nur absahnen, wird die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung noch mehr gefördert. Genau dieses Klischee hat er erfüllt. Aus dem Grund möchte sie, dass der Rat etwas dagegensetzen kann und sagt, dass er das nicht einfach so hinnimmt. Ihr Ansinnen ist, dass konkrete Zahlen im öffentlichen Teil der nächsten Ratssitzung genannt werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß ist sicher, dass konkrete Zahlen geliefert werden können. Nach einer Antwort darauf, wer Herr von Nathusius von Magdeburg aus geschickt hat, wird recherchiert. Gegebenenfalls muss aus der Presse zitiert werden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche spricht ein Thema an, das der ehemalige Oberbürgermeister anderthalb Jahre nicht geschafft hat, zu klären. Es geht um den Beirat der Rosenstadt GmbH. Seit anderthalb Jahren finden keine Sitzungen statt und seit anderthalb Jahren fordert er ein, die Aufgaben, Rechte und Pflichten eines Beiratsmitgliedes zu definieren. Jede Fraktion ist mit einem Mitglied im Beirat vertreten. Die Mitglieder möchten in diesem Beirat die Rosenstadt GmbH unterstützen. Immerhin hat eine Mehrheit des Stadtrates für die nächsten 10 Jahre eine Beihilfe gesichert. Das sind über 2 Mio. Euro die ausgegeben werden und das, bei der derzeitigen Haushaltslage. Es ist dringend erforderlich, dass die Stadträte auf irgendeine Art und Weise wieder mehr Einfluss bekommen. Er kann sich an die Gründung erinnern. "Dieses Trojanische Pferd wurde nur so gestaltet, um Steuern zu zahlen." Immer wurde versichert, dass die Stadträte darauf Einfluss haben. Er fragt, wo der Einfluss war, als die S-Bahn einfach verkauft wurde. Ein Dritter war doch auch in der Lage, sie wieder instanzzusetzen, um damit zu fahren. Wie kann man 3.000 Gäste zu diesem Rosenfest als Erfolg melden, wo in den letzten Jahren 6.000 bis 7.000 Leute dort waren? Wie kann man darauf Einfluss nehmen, dass dieses Fest nicht am Tag der Einschulung in Sangerhausen stattfindet? Vier Wochen davor fand das Berg- und Rosenfest statt. Das Wort "Berg" steht für die Stadt Sangerhausen. Er fragt in welcher Weise das ein "Berg"-Fest war. Es gab lediglich im Rosarium ein "Rosen"-Fest. Der Zusammenhalt von Stadt und Rosarium, der sehr wichtig ist, muss wieder anders gestaltet werden. Der Stadtrat und auch der Oberbürgermeister müssen in einer anderen Art Einfluss bekommen. "Es kann nicht ein Fürst oder Prinz allein entscheiden, was er will."

16:20 Uhr
Herr Klaube kommt = 32

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel geht auf den Bericht des Oberbürgermeisters ein, in dem gesagt wurde, dass noch einmal eine Rate der Kreisumlage Ende September gezahlt werden soll. Es gibt noch keinen Haushalt 2018. Bis zur möglichen Genehmigung und bis zu einer Änderung des § 4 der Haushaltssatzung (Liquiditätskredit) dauert es mindestens noch ein Vierteljahr um möglicherweise eine Erhöhung durchzusetzen. Er fragt, ob die Stadt am Anfang des nächsten Jahres noch liquide ist, wenn die Rate Ende September gezahlt wird. Er möchte spätestens in der nächsten Ratssitzung eine Antwort darauf, ob das funktioniert, denn er befürchtet, dass die Stadt im ersten Vierteljahr 2018 nicht mehr liquide ist.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß antwortet ad hoc auf die Frage. Es ist Bestandteil des bewilligten Stundungsantrages, dass die Raten, deren Zahlung die Liquidität ermöglicht, an den Kreis zu entrichten sind. Nach der Liquiditätsplanung, die für das Haushaltsjahr bis Dezember 2017 gilt, ist das möglich. Die Rate muss im September gezahlt werden. Die Verbindlichkeiten bzw. die Schulden bezüglich der Kreisumlage, die in das Jahr 2018 übernommen werden müssen, verringern sich dadurch natürlich um diesen Betrag.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Liquiditätsplanung wird bis zum 31.12.2017 gemacht und es wird sich am 01.01.2018 nichts geändert haben. Es muss mindestens ein Vierteljahr im Voraus geplant werden. Sonst hat die Stadt am Anfang des nächsten Jahres ein Problem.

Antwort des Fachbereichsleiters Finanz- und Personalverwaltung Herrn Schuster

Herr Schuster ergänzt. Alles, was der Oberbürgermeister gesagt hat, ist richtig. Die Stadt muss und wird sich an die Stundungsvereinbarung halten. Die Nichtgenehmigung des Haushaltes und die abgelehnte Erhöhung des Liquiditätskredites führten dazu, dass nicht mehr Raten gezahlt werden können. Er erinnert daran, dass im Januar des Haushaltsjahres 2016 auch keine Kreisumlage gezahlt wurde. Mit Blick auf den neuen Haushalt und die Einhaltung des Liquiditätskreditrahmens wird auch im Haushaltsjahr 2018 erst dann gezahlt, wenn es die Haushaltslage hergibt. Die 27,7 Mio. Euro werden nicht überzogen, sie sind Maßgabe des Handelns.

Herr Skrypek informiert:

Die **Fraktion DIE LINKE.** gibt folgende **Änderungen** in der **Besetzung der Ausschüsse durch sachkundige Einwohner** bekannt.

- Herr Frank Hans Schulze wechselt vom Schul- und Sozialausschuss in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt.
- Herr Axel Sell wechselt vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus in den Schul- und Sozialausschuss.
- Herr Heiko Blesse wechselt vom Finanzausschuss in den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Bestimmung eines Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Helme"

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestimmt Herrn Sven Strauß als Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Helme".

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-31/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.2 Bestimmung eines Stellvertreters des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida"

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestimmt Herrn Sven Strauß als Stellvertreter des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida".

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-31/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.3 Bestimmung eines Mitgliedes des Stadtrates als Vertreter im Beirat der Worch`schen Stiftung u.a.

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

16:25 Uhr
Herr Oster kommt = 33

Beschlusstext:

Der Stadtrat bestimmt Herrn Mario Milde als Mitglied im Beirat der Worch`schen Stiftung u.a.. Die Amtszeit beginnt nach dem Tag der Beschlussfassung.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Herr Milde hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.
Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-31/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.4 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 122.388,00 € für Gerichtskosten auf Grund der Klage gegen den Festsetzungsbescheid über die Kreisumlage 2017

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Oster sagt zu, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Gestern wurde darüber beraten, wie man in dieser Sache gegebenenfalls noch finanzielle Unterstützung erhalten könnte. Es ist schon hilfreich, dass Deckungsmöglichkeiten gefunden wurden. Er möchte trotzdem anregen, dass insbesondere beim Städte- und Gemeindebund eine erhebliche Unterstützungsleistung eingefordert wird. Das Argument "die Kriegskasse ist nicht gefüllt, das ist für anderes draufgegangen" kann und will er so nicht akzeptieren. Er möchte eine Information darüber, welche finanziellen Mittel der Städte- und Gemeindebund von der Stadt Sangerhausen erhält, welche Mittel im Jahr ihm insgesamt zur Verfügung stehen und was genau damit passiert. Ihm geht es um eine Offenlegung der Situation des Städte- und Gemeindebundes. Es geht hier um ein Urteil, welches das gesamte Land Sachsen-Anhalt betrifft, auch z.B. die Gemeinde Schönebeck, in der es genauso aussieht. Es sollte alles versucht und strategisch vorbereitet werden, um auch in den nächsten Rechtsstreit gehen zu können. Damit muss man rechnen und bedenken, dass Fristen zu wahren sind und Entscheidungen bzw. Abstimmungen anstehen.

Herr Schuster informiert, dass Herr Oster diese Anregungen gestern schon im Hauptausschuss gab. Der Oberbürgermeister sagte dort zu, dass er schriftlich, den Städte- und Gemeindebund auffordern wird. Die Mitgliedsbeiträge für den Städte- und Gemeindebund sind im Vorbericht zum Haushalt ausgewiesen und ergeben sich aus den Einwohnerzahlen. Diese liefert er gern nach, genauso wie die Unterlagen des Geschäftsberichtes zum Jahresabschluss des Städte- und Gemeindebundes. Es wird nochmals das Gespräch gesucht und um Unterstützung gebeten.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den Mehraufwendungen unter Berücksichtigung des Streitwertes aus dem Festsetzungsbescheid zur Kreisumlage 2017 in Höhe von 175.488,00 € für Gerichts- und Rechtsanwaltskosten zu (Produkt 11120100 - Finanzmanagement und Rechnungswesen, Sachkonto 54310000 - Geschäftsaufwendungen).

Die Deckung erfolgt in Höhe von

- *90.612,50 € aus dem Produkt 61110100 - Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen, Sachkonto 53720000 - Allgemeine Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände*

und in Höhe von

- 84.875,50 € aus Einsparungen bei den Personalkosten (Sachkonten 50120000 - Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer, 502200000 - Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmer, 50320000 - Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung) unter mehreren Produkten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	33
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-31/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.5 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 78.400,00 € für die Instandsetzung von Fahrzeugen des Bauhofes und für die Anmietung von Winterdiensttechnik

Begründung: Herr Hahnemann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Herr Oster fragt, ob es sich um Fahrzeuge handelt, die ausschließlich oder hauptsächlich für den Winterdienst benötigt werden bzw. die Ausstattungsmerkmale für den Winterdienst aufweisen.

Herr Hahnemann antwortet, dass die 16.600 Euro, Aufwendungen waren, die ausschließlich für den Winterdienst, für das zusätzliche Mieten von Fahrzeugen in Anspruch genommen wurden. Hier ist bereits diese Differenz entstanden. Diese soll jetzt gedeckt werden, durch dieses Leasing-Sachkonto.

Herr Oster spricht die Fremdvergabe der Rasenmäh an und fragt, in welcher Hinsicht die Verwaltung überlegt, den Winterdienst privat auszuschreiben. Wenn das so ist, wäre das jetzt eine gute Möglichkeit, auch Investitionskosten zu sparen. Er möchte wissen, inwieweit dieser Tatbestand geprüft wurde.

Herr Hahnemann informiert, dass es in der Vergangenheit immer schon Praxis im Baubetriebsamt gewesen ist, dass Leistungen im Winterdienst sowie auch in der Grünpflege

ausgeschrieben und an Fremdfirmen vergeben wurden. In Abstimmung mit dem Oberbürgermeister werden künftig Überlegungen angestellt, wie der Bauhof effizient gestaltet werden kann und wie man in Perspektive mit Material, Maschineneinsatz und Arbeitskräften die Arbeit optimieren kann.

Herrn Oster interessiert, bis wann das passieren soll.

Herr Strauß äußert sich zum Termin. Spätestens, wenn die Verwaltung den Entwurf des Haushaltsplanes 2018 einbringt, muss begründet werden, welche Mittel für Eigenleistungen, für Fahrzeugunterhaltung, -beschaffung und gegebenenfalls für Leasing eingeplant sind. Die zeitliche Grenze ist gesetzt. Ergänzend zum Winterdienst, bis zum Ende dieses Jahres, merkt er folgendes an. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht sinnvoll, die Leistungen auszuschreiben, da die Firmen ihre Planungen und Bestellungen abgeschlossen haben. Deshalb ist die Stadt darauf angewiesen, die Fahrzeuge in einen betriebsfähigen Zustand zu versetzen bzw. Technik anzumieten. Im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen, wird erfolgreich versucht, konzeptionell die beste Lösung zu finden.

Herr Peche richtet folgende Frage an Herrn Hahnemann. "Seit wie vielen Jahren reden wir jetzt über den Bauhof und da möchten Sie ihn jetzt effizienter gestalten? Das ist eine Aufgabe, die müssen Sie immer machen." Bis heute dachte er eigentlich, dass im Bauhof effizient gearbeitet wird. Er versteht, dass etwas vorangetrieben werden soll und dass der eine oder andere Punkt verbessert werden kann. Was die Beschlussvorlage betrifft, so sollten die Mittel natürlich eingesetzt werden. In Bezug auf die veraltete Technik ist es manchmal schon ein Wunder, dass überhaupt damit gearbeitet werden kann. Die Zeit, die für Reparaturleistungen aufgebracht werden muss, kann effizienter genutzt werden. Hier soll es sicher Veränderungen geben. Wenn es diese geben soll, dann wäre es angebracht, aufzuzeigen, welche Leistungen der Bauhof z.B. in diesem Jahr erbracht hat. Wo und für welche Aufgaben waren die Mitarbeiter eingesetzt? Waren es immer bauhofspezifische Aufgaben, die erfüllt wurden oder musste der Bauhof auf Grund von Schwierigkeiten in Bezug auf den Haushalt, für fremde Leistungen eingesetzt werden? Solche Informationen sollte der Stadtrat erhalten, wenn es insbesondere jetzt um neue Strukturen und eine effizientere Gestaltung geht, um ein optimales Zusammenspiel zwischen den Ortschaften und der Kernstadt gewährleisten zu können. Da auf 1.000 Einwohner nur ein Bauhofmitarbeiter kommt, wird es wohl nur auf eine "schnelle Eingreiftruppe" hinauslaufen. Um die Aufgaben alle erfüllen zu können, müssen Veränderungen erfolgen.

Herr Hüttel hat gehört, dass es sich teilweise um einen Vorratsbeschluss handelt, für mögliche, noch kommende Reparaturen und Leistungen. Er wird der Vorlage auch zustimmen, bittet aber darum, dass bei der Begehung des Bauhofes im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, vor Ort erklärt wird, wofür diese 78.400 Euro genau eingesetzt werden, da keine Liste existiert.

Herr Hahnemann geht kurz auf die Worte von Herrn Peche ein. Er trägt dessen Auffassung und versichert, dass in der Verwaltung jeden Tag dazugelernt wird und der Erkenntnisprozess ständig zunimmt. Auf die angesprochene Liste von Herrn Hüttel zurückkommend, informiert er, dass der Bauhof zwischenzeitlich eine Liste erstellt hat, auf der 19 Fahrzeuge mit den entsprechenden Schadensbildern aufgeführt sind. Aus Sicherheitsgründen mussten davon bereits 8 Fahrzeuge stillgelegt werden. Die Gesamtsumme von 25.000 Euro wurde anhand der Ausgaben der vorangegangenen Jahre ermittelt. Nach Absprache mit dem Oberbürgermeister kann man die Verfahrensweise auch dahingehend ändern, dass im Rahmen einer dienstlichen Anweisung die Mittel gesperrt und nur bei konkretem notwendigen Reparaturbedarf freigegeben werden. Er betont noch einmal, dass das Geld benötigt wird, um Reparaturleistungen an den Gerätschaften, die für die Arbeiten gebraucht werden, auszugeben.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den Mehraufwendungen unter dem Produkt 11131100 - Bauhof,

- *Sachkonto 52310000 - Aufwendungen für Mieten und Pachten in Höhe von 16.600,00 €*
- *Sachkonto 52510000 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen in Höhe von 61.800,00 €*

zu. Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 11131100 - Bauhof, Sachkonto 52320000 - Aufwendungen für Leasing. Die Mittelsperre unter dem vorgenannten Produkt und Sachkonto wird zu diesem Zweck in Höhe von 78.400,00 € aufgehoben.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-31/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.6 Genehmigung von Mehraufwendungen gemäß § 104 KVG LSA in Höhe von 30.000,00 € für die Instandhaltung der Brücke Eisenhüttentrift

Begründung: Herr Hahnemann

16:50 Uhr
Herr Koch kommt = 33

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den Mehraufwendungen in Höhe von 30.000,00 € für die Instandhaltung der Brücke "Eisenhüttentrift" zu (Produkt 54100100 - Gemeindestraßen und Verkehrsanlagen, Sachkonto 52210000 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens). Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 11171100 - Grundstücksverkehr, Sachkonto 50120000 - Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-31/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.7 Aufstellungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4b "Gewerbegebiet Martinsriether Weg II" der Stadt Sangerhausen

Der TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen (*siehe TOP 2*).

7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

7.1 Information über eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zum Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem Ministerium des Inneren und Sport LSA zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (HLF 20) im Jahr 2018 für die Ortsfeuerwehr Kernstadt Sangerhausen

Herr Peche betont, dass wohl keiner gegen die Beschaffung des Löschgruppenfahrzeuges ist und weist darauf hin, dass es um Mittel aus dem Investitionshaushalt für das Jahr 2018 geht. Er fragt, ob dann auch dementsprechend mehr Mittel für das kommende Jahr beantragt werden. Die Investitionsmittel sind so schon sehr knapp für die Stadt. Da die Beschaffung auch im Interesse des Landes ist, liegt es nahe, 200.000 Euro mehr zu beantragen.

Herr Schuster spricht, dass das ein Idealfall wäre. Im Beschlusshaushalt 2017 wurden bereits Verpflichtungsermächtigungen in Bezug auf die Anschaffung des Fahrzeuges aufgenommen. Die Ausreichung von Fördermitteln war die Grundlage für die Annahme und Finanzierung. Die Investpauschale wird nach einem Berechnungsmodell des Landes langfristig vorgegeben. Laut einer Information kann die Stadt im nächsten Jahr mit einer Summe von 1.060.000 Euro rechnen. Mit Blick auf die Haushaltslage kann gern versucht werden, einen gesonderten Antrag zu stellen. Es wird alles unternommen und den Empfehlungen des Stadtrates Folge geleistet. Die Pauschale ist aber wenig aushandelbar.

Herr Koch hat der Presse entnommen, dass es innerhalb der Feuerwehr Diskussionen gibt, wegen dem Alt-Fahrzeug und fragt, ob diese Differenzen ausgeräumt werden konnten. Die Eilentscheidung soll damit nicht in Abrede gestellt werden. Alle wissen von der Notwendigkeit.

Herr Michael bestätigt, dass es in der Feuerwehr Sangerhausen immer Diskussionen gibt. In die Beantragung des Fahrzeuges und in die Thematik, wie mit den Altfahrzeugen umgegangen wird, war die frühere und die jetzige Wehrleitung immer eingebunden. Wie mit den beiden Fahrzeugen umgegangen wird, wird im nächsten Jahr neu entschieden, denn jedes Jahr gibt es eine neue Gefahrenanalyse. Dann entscheidet sich, ob das Fahrzeug weggegeben wird oder ob es taktisch zwingend in einem Ortsteil oder der Kernstadt benötigt wird, um die Risikoanalyse zu decken. Das ist der Wehrleitung bekannt.

Herr Klaube ergänzt als Stadtwehrleiter. Derzeit muss überall ein Rettungsgerät vorgehalten werden, auf Grund von Verkehrsunfällen. Derzeit gibt es jeweils eins in Wippra, in Wolfsberg und in Oberröblingen sowie zwei in Sangerhausen. Wenn der Rüstwagen, um den in der Zeitung gestritten wird, in einen harznahen Ort umgestellt werden würde, dann könnte dieser

zentral genutzt werden. Im Leinetal muss man sich derzeit der Feuerwehr und dem Rettungsgerät von Hainrode bedienen. In Wettelrode gibt es 2 Stellplätze und von dort könnte man in die Richtungen Wippra, Leinetal und Wolfsberg fahren. In der nächsten Brandschutzbedarfsplanung kann der Rat mitentscheiden, ob man überall mit 2 Rettungsgeräten hinfahren kann oder ob es kompakt 3 werden sollen.

7.2 Informationen zur Tätigkeit der Standortmarketing Mansfeld-Südharz GmbH

Herr Skrypek begrüßt Geschäftsführer Herrn Mark Lange und Aufsichtsrat Herrn Rainer vor der Straße von der Standortmarketing Mansfeld Südharz GmbH.

Herr Lange bedankt sich für die Einladung, begrüßt alle Anwesenden und berichtet über die Tätigkeit der SMG. Die letzten 6 bis 8 Monate waren geprägt von der Thematik Mifa-alt und Mifa-neu. In den letzten 6 Monaten gab es 2 Ansiedlungen (Invitel und Fa. Unterschütz) mit insgesamt 68 Arbeitsplätzen in Sangerhausen. Es wurden 36 Besichtigungen in der Altliegenschaft Mifa mit verschiedenen Interessenten aus der gesamten Republik durchgeführt. Die Mifa hat dort einen erheblichen Investitionsstau (400 T€ Sofortmaßnahmen / 4 Mio. € mittelfristige Maßnahmen) hinterlassen. Es war klar, dass die neueren Hallen (10 bis 12 Jahre) eher auf Interesse stoßen. Mit der Firma Unterschütz wurde kurzfristig ein Mietkaufvertrag abgeschlossen. Als Anfang des Jahres die Schwierigkeiten der Mifa bekannt wurden, war klar, dass der Fokus auf die alte Liegenschaft gelenkt werden muss. Das ist mit der Sachsenring Bike Manufaktur GmbH gelungen. Die Verträge (Mietvertrag) sind unterzeichnet, der Umzug fand statt und es wird produziert. Probleme gibt es dort nach wie vor. Zwischenzeitlich gibt es 3 Nutzer, mit nur einer Medienserschließung (Gas, Wasser, Abwasser, Energie). Es wurden 2 Fördermittelanträge für die Medientrennung gestellt. Das muss bis Anfang des kommenden Jahres realisiert werden. D.h. es geht um eine förderfähige Investition von mindestens 300 T€. Des Weiteren ist die straßentechnische Erschließung (Kosten im 7-stelligen Bereich) ein Thema. Die Zuwegung muss neu geordnet werden. Das ist nur mit Fördermitteln machbar. Gegenfinanzierer wird derzeit der Landkreis sein. Da in der letzten Woche der Starpark in Halle mit 260 ha komplett belegt wurde, wird es verstärkte Anfragen geben. In den letzten Monaten gab es 62 Anfragen für Flächen über 10 ha. Nach Gesprächen mit dem Oberbürgermeister steht außer Frage, dass mit aller Kraft versucht werden sollte, den IPM zu realisieren. "Würden wir den heute aufgeben, können wir davon ausgehen, dass jegliche Planung mindestens 36 Monate bedeutet. Aber man muss irgendwann überlegen, was der richtige Schritt ist. Solange wir den IPM als Vorrangstandort in der Landesplanung haben, wird eine Entwicklung anderer Flächen nicht machbar sein. Wir sind abhängig von einer Planungsgemeinschaft und diese sagt: 'Ihr habt ja einen IPM.' Ob wir den derzeit bebauen können oder nicht, ist dabei irrelevant. Insofern müssen wir weiter im Dialog sein. Ich versuche nach wie vor beim Landkreis die Weichen zu stellen. Wir müssen zusehen, weiter am Ball zu bleiben. Das betrifft auch unseren Investor, den wir nach wie vor begleiten. Unser irischer Investor, der durchaus auch in Frage kommt. Das hängt in großem Maße ab, ob wir eine Erweiterung des Pilzhofes bekommen. Da laufen die Genehmigungsverfahren." Des Weiteren werden 2 Ansiedlungsprojekte von der SMG koordiniert. Unter anderem wird die neue Halle der von Nathusius-Immobilien GmbH vermarktet. Am Montag wurden mit Herrn von Nathusius und einem neuen Interessenten erste Verträge besprochen. Die 10 bisherigen Interessenten kommen fast ausschließlich aus dem Logistikbereich und sind an Erweiterungsflächen interessiert. Es musste also mehreren Investoren gesagt werden, dass "kurzfristig keine weiteren Entwicklungspotenziale in Flächen möglich sind". Derzeit laufen aber Verhandlungen mit einem Investor.

In Sachen Bestandspflege zählt er folgende Aktivitäten auf.

- 366 Firmenkontakte / Besuch von 132 Firmen
- Übernahme der Koordinierung der Berufsorientierungsmesse
- Start des Projektes Online-Marktplatz mit Einzelhändlern in Eisleben, Magdeburg und Hettstedt (laufende Förderanträge)
- 141 Existenzgründerberatungen (Betreuung von 16 Jungunternehmern)

- Begleitung von 6 Existenzgründungen
- 14 Finanzierungsgespräche
- 28 Abschlüsse von Qualifizierungsvereinbarungen
- 6 Existenzgründerkurse

Bereich Tourismus:

- Start des Projektes S-Ky ("**S**üdharz-**K**yffhäuser")
- 6 Messebesuche
- 4 bis 5 Sitzungen des Arbeitskreises Tourismus
- Lutherprojekte
- Steigerung der Gästezahlen bei Ankünften und Übernachtungen

Herr Hüttel möchte 1.) Informationen über die Zusammenarbeit der SMG mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Sangerhausen und insbesondere darüber, ob gewisse Abstimmungen vorgenommen werden. 2.) interessiert es ihn, wie es um die Gewerbegebiete der Stadt aussieht. Ist dort überhaupt noch etwas machbar? Wenn man hört, wie teuer z.B. das Mafa-Gelände ist, muss über einen Kurswechsel nachgedacht werden. Es wurde gesagt, dass eine Neuplanung etwa 3 Jahre dauern würde. Hier wird seit 108 Monaten über den Industriepark Mitteldeutschland geredet. Wenn bis Ende des Jahres keine Entscheidung getroffen wird, muss angefangen werden, umzudenken. Seines Erachtens wird es so nicht funktionieren. 3.) fragt er, ob es Ergebnisse und Erfahrungen bei der einheimischen Wirtschaft gibt. Sind die Gewerbetreibenden bzw. Unternehmer aus Sichtweise der SMG ordentlich beraten mit der SMG und der Wirtschaftsförderung der Stadt?

Herr Lange rät, gerade in Bezug auf die 3.) Frage, die Unternehmer selbst zu befragen. Derzeit gibt es 10.000 Einzelunternehmungen im Landkreis, die von der SMG mit einer Person bearbeitet werden. Theoretisch wären hier 5 bis 6 Mitarbeiter notwendig. Unter anderem ist der Breitbandausbau ein wichtiges Thema der Unternehmer. Hier wird aktuell auf den Förderbescheid des Bundes gewartet. Seines Erachtens müsste sich mehr auf die einheimische Wirtschaft konzentriert werden. Zur Zeit wird eines der größten Industrieunternehmen, in Bezug auf die Standortsuche für einen Zukauf, von der SMG beraten. Dabei geht es um ein Arbeitskräftepotenzial von 500 Mitarbeitern. Wenn in solchen Fällen kein Entwicklungspotenzial zur Verfügung gestellt werden kann, dann sind die Unternehmen gezwungen wegzugehen. Das Thema Fachkräfte ist das zweitgrößte. In dieser Richtung muss mehr für die Unternehmen getan werden, denn die Region hat massive Probleme mit der Langzeitarbeitslosigkeit. Das sind aber nicht die Fachkräfte, die trotz der Programme genutzt werden können. Es muss also von außen Zuzug organisiert werden, was eine stärkere Vernetzung voraussetzt. Zur 2.) Frage äußert er sich folgendermaßen. Die 62 Anfragen bezogen sich alle auf Industrieflächen (d.h. 24 Stunden am Tag / 7 Tage in der Woche Produzierungsmöglichkeit). Das gibt es bei Gewerbeflächen nicht. Ob der IPM aufgegeben werden sollte? "Ja, nur dürfen wir das nicht leichtfertig machen. Beim heutigen Stand, brauchen wir 36 Monate. An dem Punkt, an dem wir uns momentan befinden, muss man irgendwann eine Entscheidung treffen. Ich predige seit 3 Jahren, dass wir keine Industrieflächen haben." Zur 1.) Frage: Die Zusammenarbeit mit der Stadt ist zur Zeit "außerordentlich eng", da es um Mifa-alt und Mifa-neu geht. Immer, wenn es Investorenanfragen gibt und es um Flächen in der Stadt Sangerhausen geht, ist die Zusammenarbeit erforderlich.

Herr Koch hält für grenzwertig, dass die SMG als eine kommunale Gesellschaft, für einen privaten Unternehmer, wie Herrn von Nathusius, zur Verwertung seiner Liegenschaft, tätig ist. "Hoffentlich lassen Sie sich das gut bezahlen." In der SMG gibt es verschiedene Gremien u.a. einen Aufsichtsrat und eine Gesellschafterversammlung. Er fragt, wie regelmäßig diese Gremien tagen und v.a. inwieweit diese Gremien die Arbeit des Geschäftsführers bestimmen.

Herr Lange hat in Bezug auf Herrn von Nathusius diese Befindlichkeiten nicht. Die Enttäuschung ist groß, aber er sieht auch, was man mit dieser neuen Halle allein an Arbeitskräftepotenzial schaffen kann. Die Tätigkeit wird nicht bezahlt. Er sieht sich dort als Dienstleister und wenn die Wirtschaftsförderung das nicht mehr machen soll, dann müssen ernsthafte Gespräche geführt werden. Als Dienstleister kann er sich nicht leisten, eine Wertigkeit vorzunehmen. Es gibt 6 Gesellschafter (Städte) und es finden in der Regel vier

Gesellschafterversammlungen im Jahr statt. Darüber hinaus gibt es einen Aufsichtsrat, der die Arbeit des Geschäftsführers überwacht und auch die strategischen Vorgaben macht. Dieser tagt ebenfalls etwa viermal im Jahr. Herr Poschmann war dort Mitglied. Am 21.09. gibt es eine Neuwahl und er geht davon aus und hofft, dass Herr Strauß dabei ist. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Herr von der Straße. Vierteljährlich wird ein Bericht vorgelegt. Bei allen Investitionen über 20.000 Euro wird auch kurzfristig einberufen.

Herr Koch fragt, ob es Beschlussvorlagen gibt.

Herr Lange bejaht.

Herr Kotzur fragt 1.), inwieweit bei der SMG die Innenstadt eine Rolle spielt. Er hat den Eindruck, dass sich die Wirtschaftsförderung eher auf die Außenbezirke konzentriert. Die Städte beklagen zunehmenden Leerstand in den Innenstädten. Wenn eine Einflussnahme auf diese Entwicklung stattfindet, dann möchte er wissen, in welchem Maße und mit wem in Zusammenarbeit, diese ausgeübt wird. Er hört 2.) mit gemischten Gefühlen, wenn öffentlich darüber nachgedacht wird, den IPM zu 'begraben'. Das Land hat in seinem Landesentwicklungsplan den IPM ausgewiesen. Im gleichen Zeitraum, als das Land den Plan beschlossen hat und somit den IPM als Vorzugsstandort, hat eine Landesbehörde diese Fläche als Hamstermonitoringfläche bei der EU gemeldet. Damit hat er ein Problem. Selbst wenn es im Ermessen der Stadt liegt, zu sagen, dass die Planungen zum IPM beendet werden sollen und eine andere Fläche beplant werden sollte, dauert eine Herauslösung der Fläche aus dem Landesentwicklungsplan länger als 36 Monate. Seines Erachtens sollte konkret und mit allen Kompromissen, die notwendig und möglich sind, versucht werden, den IPM zu realisieren, anstatt Möglichkeiten auszuloten, wie er am besten und schnellsten begraben werden könnte.

Herr Lange bestätigt, dass das Priorität ist. Hier liegt die Schwierigkeit, denn das hätte vor 36 Monaten, zumindest planungstechnisch, gemacht werden müssen. Nach wie vor gibt es das Thema Artenschutz. "So hart, wie es klingt, irgendwann muss die Entscheidung getroffen werden. Nicht von mir, auch nicht vom Land, auch nicht von der Planungsgemeinschaft sondern das muss im engen Dialog sein. Ich hadere sehr damit, den IPM aufzugeben, denn das wirft uns Jahre zurück. Ich sehe momentan noch Chancen, aber die Chancen gehen nur mit Kompromissen und nur im Dialog."

Herr Strauß möchte etwas klarstellen. Es muss unterschieden werden, zwischen der Entwicklung des IPM mit einem bestimmten Investor bzw. einem bestimmten Geschäftsmodell und dem Industriepark Mitteldeutschland als 'solchen'. Hier ist es notwendig, eine Entscheidung zu treffen bzw. einen Schlusstrich zu ziehen, wenn sich in naher Zukunft nicht erweist, dass das Modell tatsächlich tragfähig und fundiert ist. Der IPM ist offen für alle Investoren zu gestalten. Wenn das mit Unterstützung des Landes gelingt, dann muss der Industriepark noch intensiver bundesweit und darüber hinaus, vermarktet werden. Zu diesem Zeitpunkt ist die Stadt dringend auf einen Dienstleister, wie die SMG angewiesen.

Herr Lange richtet sich noch einmal an Herrn Kotzur und nennt Beispiele wie den Star-Park in Halle und den Flächenankauf von Leipzig. Durch das Luftfahrtrehkreuz, die neue Zugbildungsanlage und das Autobahnnetz gibt es momentan hervorragende Chancen. Diese müssen genutzt werden. Mit dem IPM gibt es in diesem Dreieck, alles, was man bieten kann. Das Thema Artenschutz muss im Dialog und mit Kompromissen versucht werden, in den nächsten Wochen und Monaten, in irgendeiner Weise zu lösen. Seines Erachtens sollte nicht auf der Flächengröße beharrt werden.

Herr von Dehn Rottfeller stellt Anfragen zur Mifa-alt und weist darauf hin, dass eine Änderung des Bebauungsplanes mit einer veränderten verkehrstechnischen Erschließung angearbeitet wurde. In seiner Rede hat Herr Lange vom veränderten Straßenbau in größerem Maße innerhalb des Mifa-Geländes gesprochen. Er fragt, ob das zusammenpasst oder ob es hier um getrennte Dinge geht und ob der Stadtrat gut damit beraten ist, wenn dieser Bebauungsplan entsprechend der Notwendigkeiten beschlossen wird.

Herr Lange antwortet, dass die Dinge nicht getrennt sind und man sich noch in der Planung befindet. Es muss eine Zuwegung für mögliche drei Partner geschaffen werden. (Das Hochregallager gehört nicht flächentechnisch dem Landkreis.) Das wird im Einklang mit dem B-Plan sein. Momentan ist die Planung noch nicht so weit fortgeschritten, aber es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die Kosten 7-stellig sein werden.

Herr Peche versteht, dass die Industrie die Flächen braucht. Er verweist auf die vorhandenen Gewerbeflächen der Stadt und war der Meinung, dass nur von den Problemflächen, die nicht zu vermarkten sind, die Rede war. Es gibt nicht nur Großindustrie sondern auch kleinere Gewerbetreibende, die nicht 7 Tage die Woche arbeiten. Er denkt dabei speziell an das Mafa-Objekt. 9 Mio. Euro incl. Fördermittel hat die Stadt dort hineingesteckt. Er fragt wie es dort weitergeht. Zum IPM stimmt er Herrn Strauß zu, dass irgendwann einmal Schluss sein muss, mit den jetzigen Investoren. Es befremdet ihn aber, dass man in der Öffentlichkeit darüber nachdenkt, den IPM als 'solchen' ganz aufzugeben. Dann wird es noch viel schwieriger, von vorn anzufangen und etwas Neues zu schaffen. Herr Lange hat von einer Ministerin geredet, die anders darüber denkt und der BUND ruft sogar schon in Flyern zu Spenden auf, um ihre Klagen finanzieren zu können. Die Ideen und Gedanken, die hier seitens der SMG geäußert wurden, hätte er gern schon eher gehört, auch vor dem Oberbürgermeisterwechsel. Die SMG war immer herzlich willkommen. Das wurde auch in der Runde mit den Fraktionsvorsitzenden deutlich gesagt. Er wünscht sich viel engere Schnittstellen und nicht nur eine Berichterstattung nach Aufforderung durch die Stadträte.

Herr Lange betont, dass er nichts über die Umweltministerin gesagt hat und nicht er, sondern der Oberbürgermeister das erwähnt hat. In Sachen IPM hat er sich nur darüber geäußert, weil er dazu aufgefordert wurde. Es muss nämlich erst einmal geklärt werden, welche Konsequenzen das hätte und welche Möglichkeiten sich dadurch ergeben. Zu den Gewerbeflächen gibt er folgende Antwort. Das Mafa-Gelände wird nach wie vor vermarktet und es finden Besichtigungen statt. Durch die Fördermittelbindung gibt es hohe Preisvorstellungen. Das Problem beim produzierenden Gewebe ist die nahe Wohnbebauung. Die Themen Preis und Gegebenheiten passen momentan leider nicht zusammen.

Herr Oster sieht die Unterstützung des Herrn von Nathusius, der der Stadt Sangerhausen großen Schaden zugefügt hat, sehr kritisch. Des Weiteren spricht er das Thema Tennstedt 1 (ehem. Krankenhaus) an. Er hat als Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Stadtrates und des Kreistages die SMG um Hilfe gebeten, das damalige Ansiedlungsprojekt zu unterstützen. Bis zum heutigen Tag erhielt er nicht einmal eine Stellungnahme zum seitens der SMG ausgefallenen Termin. Dort waren 140 Arbeitsplätze (Fachkräfte) garantiert. Ein gewisser Kreislauf hätte aufgebaut werden können. Jetzt wird wieder von 500 Arbeitsplätzen gesprochen. Das ist für ihn eine Leuchtturmpolitik. Er fragt, was nun mit dem Gebäude passiert.

Herr Lange entschuldigt sich für den ausgefallenen Termin und findet den Anlass schon bemerkenswert. Das Objekt Tennstedt gehört dem Landkreis. Dieser hat die Gespräche geführt und wollte ein Bieterverfahren eröffnen, was nach seinem Kenntnisstand, Herr Oster nicht wollte. Der Landkreis und Nutzer muss der SMG die Vermarktung übertragen. Das ist bisher nicht geschehen. Die Fragen sollte Herr Oster an den Eigentümer richten.

Frau Liesong erinnert an die Frage nach der Rolle der Innenstadt.

Herr Lange informiert über das Projekt Online-Marktplatz. Dazu wurden Einzelhändler eingeladen. Am Montag fand die erste Sitzung statt. Diese gibt es jetzt in 3 Gewerbevereinen. Das betrifft alle 3 Städte des Landkreises in gleichen Maßen. In der gesamten Republik sterben die Innenstädte aus. Hier muss gemeinsam überlegt werden, was getan werden kann und muss. Leerstandsmanagement ist nicht Bestandteil des Gesellschaftervertrages. Versucht wird, mit den Einzelhändlern Lösungen zu schaffen. Es geht um Online-Präsenz, v.a. darum, stationäre Händler mit Fördermöglichkeiten einzubeziehen.

Herr Koch fragt, ob Herr Lange noch bereit ist, die Frage von Herrn Oster zu beantworten. Er wollte wissen, wie es mit dem Mifa-Alt-Standort weitergeht.

Herr Lange hat die Frage nicht gehört.

Herr Skrypek stellt fest, dass Herr Oster die Frage in dieser Sitzung nicht gestellt hat.

Herr Hüttel hat aus der Rede herausgehört, dass sich die SMG um die Lutherprojekte kümmert und weist darauf hin, dass vor ca. 3 bis 4 Wochen eine interessante Veranstaltung mit dem Geschichtsverein in der evangelischen Kirche zum Thema Müntzer stattfand. Das sollte aufgegriffen werden, denn das ist ein Alleinstellungsmerkmal für Sangerhausen. Damit könnte man sicher auch Touristen herlocken.

Herr Lange verweist auf das Luther-Comic, dessen Name "Luther vs. Müntzer" ist. Ihm geht es v.a. um die Reformation. Der Vorteil gegenüber dem Land besteht darin, dass es bis 2025 jedes Jahr ein Jubiläum zum Thema Reformation gibt. Er persönlich sieht in Müntzer eher den großen Reformator.

Herr Skrypek bedankt sich bei Herrn Lange für die umfassenden Informationen und betont, dass es die Stadträte begrüßen würden, in regelmäßigen Abständen über die Arbeit der SMG zu hören.

17:33 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage der Bürgerin Frau Elvira Herrmann, Sangerhausen, Ahornweg 6

Frau Herrmann möchte wissen, ob es im Gremium bereits Überlegungen gibt, über die Benennung des Platzes Ecke Friedrich-Schmidt-Straße. Sie weiß, dass 2 Namen (Genscher und Wilhelm Schmied) im Gespräch waren. Sie neigt dazu, Wilhelm Schmied zu bevorzugen, auch aus lokalpatriotischen Gründen. Man könnte sich vorstellen, dass sich viele Bürger damit identifizieren und dass Veranstaltungen oder künstlerische Aktivitäten auf dem Platz stattfinden könnten. Sie hat inzwischen viel (nicht besonders günstiges) über Herrn Genscher gelesen, sodass man wirklich darüber nachdenken sollte, ob ein Platz in Sangerhausen nach ihm benannt werden sollte. Hier kann mit einem lokalen Künstler gepunktet werden.

Antwort des Stadtratsvorsitzenden Herrn Skrypek

Herr Skrypek informiert, dass es Vorschläge gibt. Die zuständigen Ausschüsse werden sich zu gegebener Zeit mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen. Dann können auch andere Vorschläge aus der Bevölkerung berücksichtigt und diskutiert werden.

Anfrage der Bürgerin Frau Ilona Wienhold, Sangerhausen, Beyernaumburger Weg 12

Frau Wienhold hat eine Anfrage zum Thema Fernwasser. Seit 1998 beschäftigt man sich damit. Mit Verweis darauf, dass es bereits Ende August ist und immer erst am Tag nach der Ratssitzung die Verbandsversammlung des Wasserverbandes stattfindet, bedauert sie, dass es wieder keine aktuellen Informationen gibt. Es scheint, als wollte man sich wieder vertagen. Wenn dem so ist, sollte die Bevölkerung ordentlich und fair darüber informiert werden. Wenn dem nicht so ist, dann kann ganz klar in der Zeitung stehen, in welcher Reihenfolge das abgearbeitet wird, damit bis Ende März 2018 das Fernwasser hier fließt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß bestätigt, dass das Thema seit einiger Zeit die Stadt beschäftigt. Nach den, von der Geschäftsführerin des Wasserverbandes vorliegenden Informationen, stellt sich die aktuelle Situation so dar, dass die notwendigen Planungsunterlagen vollständig beim

Landesverwaltungsamt vorliegen. Die Genehmigung steht aber nach wie vor noch aus. Ursprünglich war eine Zeitschiene bis 17. Juli vorgesehen, mit der die Ausschreibung archäologischer Untersuchungen usw. angefangen werden sollte. Die Terminkette scheint auf Grund der Bearbeitungsdauer bereits zum jetzigen Zeitpunkt schwerlich einhaltbar zu sein. Zum tatsächlichen Termin des Anschlusses an das Fernwasser kann er keine Aussage treffen. Er ist aber überzeugt, dass das in der morgigen Verbandsversammlung Thema sein wird.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel verweist darauf, dass die Stadt mit dem Haushalt erlebt hat, dass das Landesverwaltungsamt von selbst nicht arbeitet und fragt, ob es auf die Behörde Druck gibt, damit eine Entscheidung getroffen wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß antwortet, dass es nicht schaden würde, wenn mehr Druck entsteht.

Anfrage des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

Herr Kotzur fragt, ob der Wasserverband pünktlich und komplett die Unterlagen eingereicht hat.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß informiert, dass es laut Aussage der Verbandsgeschäftsführerin des Wasserverbandes so ist.

Antwort des Stadtratsvorsitzenden Herrn Skrypek

Herr Skrypek verweist auf den TOP 8.2 des nichtöffentlichen Teils der Sitzung. Hier besteht die Möglichkeit noch einmal tiefgründig auf die Thematik einzugehen.

17:40 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

7.3 Informationen zur Beanstandung des Haushaltes

Herr Schuster verweist auf die zeitliche Reihenfolge vom Beschluss der Haushaltssatzung im Dezember 2016 bis zur Beanstandungsverfügung des Landkreises am 20.01.2017. Der darauffolgende Widerspruch der Stadt erging am 15.02.2017. Am Montag musste zur Kenntnis genommen werden, dass der Widerspruch zurückgewiesen wurde. Das Landesverwaltungsamt (LVwA) hat diesen unbegründet zurückgewiesen, mit dem Verweis, dass die Stadt gegen gesetzliche Vorgaben verstößt. Das KVG LSA wird dabei genau wie die haushaltsrechtlichen Vorschriften zitiert. Insbesondere geht es darum, dass der Haushalt nicht ausgeglichen ist und kein erschöpfendes Haushaltskonsolidierungskonzept vorliegt, mit dem in einer vorgegebenen Frist der Haushaltsausgleich erreicht werden kann. Formal juristisch ist das korrekt. Seines Erachtens wurde aber auf die Argumente bzw. die Widerspruchsgründe zu wenig eingegangen. Das LVwA hat vielmehr darauf abgestellt, dass die Stadt 2012 Bedarfzuweisungen erhielt und sich somit verpflichten musste, die Haushaltskonsolidierung kontinuierlich fortzuschreiben und keine neuen freiwilligen Aufgaben zu bedienen. Das ist allerdings geschehen und regelmäßig sogar unter Mitwirkung der Kommunalaufsicht. Seitens der Stadt wurde das gerügt. Leider wurde nicht näher darauf eingegangen. Dem Widerspruchsbescheid ist zu entnehmen, dass die durch den Landkreis in den letzten Jahren getroffenen Ermessensentscheidungen korrekt und nachvollziehbar sind und die Stadt so in die Lage versetzt werden sollte, eigenständig Verbesserungen zu erzielen. Zwischenzeitlich kommt man allerdings zu der Erkenntnis, dass auf Grund der Schwere und Dauer des anhaltenden Rechtsverstößes, im Hinblick auf den nunmehr drohenden Haushaltsnotstand, ein

weiteres Abwarten nicht mehr hinnehmbar ist. Deshalb wurde an der Beanstandung festgehalten. Laut LVwA ist die Stadt auch in der vorläufigen Haushaltsführung in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. "Lediglich freiwillige Aufgaben können nicht geleistet werden, woraus wiederum zusätzliche Einsparungen resultieren, so dass der Zweck der Beanstandung die Verbesserung der Haushaltslage wirksam unterstützt." Bei der Stadt sieht man nach wie vor erhebliches Potenzial bei der Einsparung von freiwilligen Aufgaben, bei der Erhöhung des Realsteuerhebesatzes, v.a. der Grundsteuer B sowie durch kostendeckende Gebühren bei den Friedhöfen und im Kindertagesstättenbereich. Der Haushaltsnotstand ist nicht erst jetzt und im Jahr 2016 aufgetreten, sondern er besteht seit einigen Jahren. Mehrfach wurde dargelegt, dass die Schieflage auch etwas zu tun hat, mit der Fast-Verdopplung der Kreisumlage und dass die Schlüsselzuweisungen seit 2012 nicht mehr ausreichen, um die Kreisumlage zu bedienen. Auch auf aktuelle Situationen wurde hingewiesen, dass z.B. Kredite aufgenommen werden mussten, um Umlagen an den Wasserverband zahlen zu können und dass die Entwicklung bei den Gewerbesteuererträgen nunmehr rückgängig ist. Das kann die Stadt aus eigener Kraft nicht stemmen. Mit Blick auf die Rechtsbehelfsbelehrung muss entschieden werden, wie mit dieser Zurückweisung des Widerspruchs umgegangen werden soll. Im gestrigen Hauptausschuss wurde bereits darüber beraten. Es wird vorgeschlagen, dass innerhalb der Fraktionen die weitere Verfahrensweise besprochen werden soll. Zur nächsten Verweisungshauptausschuss-sitzung am 06.09.2017 erwartet die Verwaltung ein Signal. Der Oberbürgermeister hat angekündigt, dass er unter Bezugnahme des Signals aus den Fraktionen, der Mehrheit folgen und eine Eilentscheidung treffen wird. Der Beschluss wird nachträglich im Stadtrat gefasst. Der Widerspruchsbescheid vom Landesverwaltungsamt liegt jeder Fraktion vor. Er wurde am Anfang der Ratssitzung an alle Vorsitzenden verteilt.

Frau Kümmel ist mit der Verfahrensweise nicht einverstanden. Es ist in Ordnung, dass die Fraktionen darüber beraten sollen. Ihres Erachtens hat nicht der Hauptausschuss die Entscheidungsgewalt. Diese obliegt dem gesamten Stadtrat. Wenn es notwendig ist, dass bestimmte Fristen eingehalten werden müssen, dann ist eine Sonderratssitzung einzuberufen.

Herr Skrypek gibt Frau Kümmel Recht. Alle Stadträte sollten darüber entscheiden.

Herr Schuster wollte die Einberufung einer Sonderratssitzung vermeiden. Der Stadtrat kann nachträglich die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters bestätigen. Diese Vorgehensweise wird vorgeschlagen.

Herr Koch unterstützt Frau Kümmel. Er hält es für sehr wichtig, dass man sich im Stadtrat insgesamt noch einmal überfraktionell austauscht. Das hilft bei der Positionierung und ist wichtig für die Öffentlichkeit. Es geht hier um das wichtigste öffentliche Thema der letzten Zeit. Deshalb sollte es möglich sein, unter verkürzter Ladefrist, eine Sonderratssitzung einzuberufen.

Herr Hüttel gibt folgendes zu bedenken. Wenn der Hauptausschuss möglicherweise die Entscheidung treffen sollte, eine Klage einzureichen, dann ist das in Ordnung. Sollte er sich aber dagegen entscheiden, dann ist die Frist verstrichen. Deshalb ist es wichtig, dass der gesamte Stadtrat darüber beschließt.

Herr Kotzur wiederholt, was er in den letzten Haushaltsberatungen schon immer gesagt und worüber er schon immer argumentiert hat. Nur mit einer vernünftigen kommunalen Finanzausstattung wird kommunale Selbstverwaltung gewährleistet, wo Bürgerinnen und Bürger das Funktionieren von Demokratie erleben. Im Widerspruchsbescheid vom Landesverwaltungsamt wird der Stadt auf 5 Seiten, mindestens sechsmal vorgeworfen, dass die Stadt mit dem Ratsbeschluss zum Haushalt einen Rechtsverstoß begangen hat. Dagegen muss man sich wehren. Genau solch einen Rechtsverstoß begehen Bund und Land gegenüber der kommunalen Ebene, indem sie das Konnexitätsprinzip nicht einhalten. Es werden permanent Aufgaben übertragen, ohne sie auszufinanzieren. Im Zusammenhang mit der Behebung des Rechtsverstoßes der Stadt wird mit den Auflagen, die erteilt wurden, das Verfassungsgebot der kommunalen Selbstverwaltung verwirklicht. Das ist ein Widerspruch in sich. Es wird vorgegeben, dass Steuern und Kita-Beiträge erhöht und freiwillige Aufgaben

abgebaut werden sollen. Eine Definition für 'freiwillige Aufgaben' gibt es nicht. Es ist nur festgelegt, was eine Kommune definitiv erfüllen muss. Das sind die per Gesetz übertragenen Aufgaben. Demzufolge ist alles andere 'freiwillig' (Wirtschaftsförderung, Straßenreparaturen u.a.). Das kann die Stadt nicht willenslos hinnehmen und es sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, in Fortführung der Klage gegen die Kreisumlage, sich auch in diesem Fall mittels einer Klage beim Verwaltungsgericht zu wehren.

Herr Strauß stellt fest, dass den Stadträten bewusst ist, dass es nicht darum ging, einen demokratischen Legitimationsprozess zu umgehen. Natürlich wird zur Kenntnis genommen, dass die Stadträte das Thema im Rahmen einer Sonderratssitzung innerhalb der Rechtsbehelfsfrist erörtern wollen. Es wird gegebenenfalls mit verkürzter Ladefrist eine Sonderratssitzung einberufen, in der die Möglichkeit besteht, die Argumente in einer gebotenen Ausführlichkeit auszutauschen.

Herr Milde möchte eine fachliche Anregung geben. Eingegangen ist der Bescheid am 19.08.. D.h. die erste von vier Wochen ist schon vorbei. Um zu klären, ob sich eine Klage lohnt, sollte der Fall jemandem aus der Anwaltschaft, der sich darauf spezialisiert hat, zur Prüfung vorgelegt werden. Die Aussichten prüfen zu lassen, kostet Geld, aber es hält sich in überschaubaren Grenzen. Er weist darauf hin, dass die Frist zur Einreichung der Klage nicht zu verlängern ist. Die Klagebegründungsfrist dagegen, kann man gegenüber dem Gericht angemessen verlängern. Ob eine Klage Sinn macht, sollte vor der Ratssitzung geklärt werden, damit sachgerecht beraten und entschieden werden kann.

Herr Strauß informiert, dass die Überlegungen in der Verwaltung bereits fortgeschritten sind. In öffentlicher Sitzung möchte er diese aber jetzt nicht detailliert darstellen.

Pause von 17:57 Uhr bis 18:17 Uhr

18:10 Uhr
Frau Römmisch, Herr Prause
und Herr Klaube gehen = 30

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

8.1 Verkauf einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet "Erweiterung Wasserschluft"

8.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz

9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

Die Informationsvorlagen der TOP 9.1 und 9.2 wurden vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 25.08.2017 zugeschickt.

9.1 Informationen über Beschlüsse des Hauptausschusses

9.2 Informationen über Beschlüsse des Sanierungsausschusses

9.3 Ausschreibung Leasing Dienstfahrzeug

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

aktuelle Informationen:

Herr Skrypek gibt bekannt, dass die Sonderratssitzung für den 14.09.2017 um 18:00 Uhr einberufen wird. Die Sitzung wird in der Aula der Grundschule Südwest stattfinden. Die Einladung erfolgt in Kürze.

Er weist darauf hin, dass die Möglichkeit noch besteht, sich für die Klausurtagung des Stadtrates am 13. und 14. Oktober 2017 anzumelden. Bis jetzt haben sich 38 Teilnehmer angemeldet.

Frau Kümmel schlägt im Namen der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. und der SPD / DIE GRÜNEN - Fraktion vor, für die Teilnahme an der Sonderratssitzung kein Sitzungsgeld zu erheben, damit keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Herr Skrypek äußert sich dazu folgendermaßen. "Ich denke, da wird jeder mitgehen."

Er stellt fest, dass es seitens der Stadträte keine Einwände dagegen gibt.

Um 18:35 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Andreas Skrypek
Vorsitzender